



PRESSEMITTEILUNG

26. Oktober 2023

MEDIENTAGE MÜNCHEN 2023 vom 25. bis 27. Oktober

Rundfunk reloaded: Das Streitgespräch mit Tom Buhrow und Rainer Robra

Besser, aber nicht teurer

München – „Das Verfahren zur Ermittlung des Rundfunkbeitrags muss dringend entpolitisiert werden!“ Tom Buhrow, Intendant des WDR, griff während der MEDIENTAGE MÜNCHEN im Streitgespräch mit Rainer Robra (CDU) dessen Anregung auf und forderte vehement, dass die letzte Stufe innerhalb des dreigliedrigen Verfahrens zur Festlegung des Rundfunkbeitrags außerhalb der Parlamente umgesetzt werden müsse. Robra, Leiter der Staatskanzlei und Minister für Kultur in Sachsen-Anhalt, hatte zuvor angedeutet, dass er als politischer Repräsentant eines Bundeslandes sich durchaus vorstellen und wünschen würde, dass die Länderparlamente nicht mehr mit der Anpassung des Rundfunkbeitrags befasst wären.

Ausgangspunkt der Debatte war die Frage, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Spar- und Umstrukturierungsbemühungen wirksam gestalten könne, um zukunftsfähig zu bleiben. Dazu berichtete Tom Buhrow, dass seit mehr als zwanzig Jahren immer wiederkehrende Debatten über Einsparpotenziale in den Sendeanstalten geführt worden seien. Bislang habe man dieser öffentlichen Forderung nach Kostensenkung vor allem dadurch Rechnung getragen, dass in den Bereichen Verwaltung und Personalausstattung Budgets verringert wurden. „Wir erleben nun einen Paradigmenwechsel, denn in den jetzt zu führenden Debatten greifen wir auch die Programme an und überlegen, wie wir durch Kooperationen und Synergien erhebliche Mittel einsparen und umschichten können“, sagte der WDR-Intendant.

Rainer Robra ergänzte, dass man bei der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zwar nicht vor einer „Stunde Null“ stehe, der neu eingesetzte Zukunftsrat jedoch dafür sorgen solle, Utopien zu entwickeln und völlig neue Ansätze in der Struktur- und Programmpolitik zu verfolgen. Er, Robra, warne jedoch davor, dass im Zuge dieser Neuausrichtung der regionale Bezug der ARD-Angebote vernachlässigt werde.

Mit der Einrichtung sogenannter Kompetenzzentren habe die ARD bereits wichtige Weichen gestellt, um zukunftsfähiger zu werden, erklärte Tom Buhrow. Die Herausforderung bestehe darin, gleichzeitig Zuschauer:innen und Hörer:innen anzusprechen, die das lineare Programm verfolgen, und diejenigen, die sich innerhalb der Mediatheken bewegen. „Beim Thema Auffindbarkeit von Programmen müssen wir in unseren Mediatheken massiv nachbessern“, urteilte der WDR-Intendant. Der Ansatz der Kompetenzzentren sei durchaus zu begrüßen, erwiderte Robra. Dort könne man Themen wie Informationen für Verbraucher:innen, Klimawandel oder Gesundheit über einzelne Sender hinweg bündeln, was zu signifikanten Einsparungen im Produktionsprozess führen werde. „Die Programme müssen besser, aber nicht teurer werden“, forderte der CDU-Politiker.

Als Intendant der größten ARD-Anstalt wies Tom Buhrow erneut darauf hin, dass eine vereinfachende Forderung wie „Der Rundfunkbeitrag darf nicht erhöht werden.“ de facto zu einer Kürzung der Mittel und damit zur Absenkung von Programmqualität führen werde. Angesichts der weiter hohen Inflation müssten mindestens diese zusätzlichen Belastungen für die Sender ausgeglichen werden. Gleichzeitig gab Buhrow zu bedenken, dass Politik zwar immer fordere, einzelne Formate und Programme einzustellen, um Kosten zu sparen. Gleichzeitig sei jedoch der Aufschrei in den Ländern groß, wenn man tatsächlich darüber nachdenke, konkrete Angebote abzuschalten. Gleichwohl sehe auch er Möglichkeiten weiterer Kostenreduzierungen – etwa bei den Produktionskosten für fiktionale Formate.

Einigkeit bestand darüber, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk wieder stärker selbst erklären müsse. Das betreffe sowohl die inhaltlichen Programmangebote als auch die Strukturen und reiche bis zur völligen Offenlegung der Gehälter der Führungskräfte in den Anstalten.

Danach befragt, was beide realpolitisch innerhalb der kommenden zwei Jahre erwarten würden, bestätigten sowohl Buhrow als auch Robra, dass die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) wohl eine sehr niedrige Steigerung des Rundfunkbeitrags empfehlen werde. Aber selbst eine nur sehr geringe Anpassung nach oben sei in mindestens fünf Länderparlamenten nicht durchsetzbar. „Es wird daraufhin zu einem Verfassungsbruch kommen und das Bundesverfassungsgericht muss entscheiden. Ich hoffe, dass das Gericht diese Chance wahrnimmt, und die Entpolitisierung des gesamten Beitragsverfahren einleitet“, kommentierte Buhrow. Alle anderen derzeit diskutierten Optionen – etwa die Zusammenlegung von ARD und ZDF – seien im Übrigen unrealistisch und in der Sache nicht zielführend.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.medientage.de.